

Perspektiven

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin**

Band (Jahr): **29 (2022)**

Heft 318

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Alltag im Land ohne Staat: die Flaschenpost aus der somalischen Hauptstadt Mogadischu. Von Anna Lemmenmeier

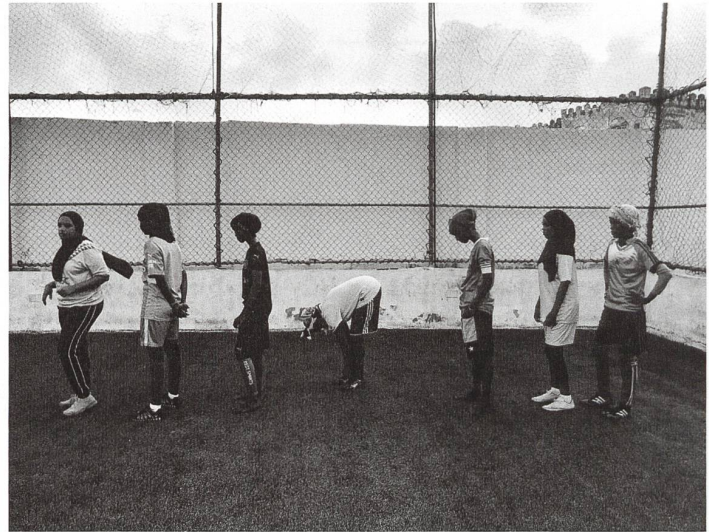
36

Auslegeordnung zum staatlichen Medienförderungspaket, über das im Februar abgestimmt wird. Von Corinne Riedener

38



Der Fischmarkt von Mogadischu gilt als touristische Attraktion.



Die «Golden Girls» müssen aus Sicherheitsgründen geheim trainieren.

Ich wollte nie nach Mogadischu. Was soll ich dort? All die Journalist:innen, die in der somalischen Hauptstadt landen und dann darüber schreiben, wie krass es ist, mit der bewaffneten Eskorte durch den von Terrorist:innen besetzten Staat zu rauschen – sie nerven mich. Somalia nur durch getönte Autoscheiben sehen. Keinen Schritt allein zu Fuss wegen der Anschlags- und Entführungsfahrer durch die dschihadistische Terrorgruppe Al-Shabaab, die weite Teil Somalias unter ihrer Kontrolle hat? Es hat mich schlicht nicht interessiert und entspricht nicht meinem Verständnis als Reporterin.

Doch Ende dieses Jahres konnte ich Somalia nicht länger ignorieren. Die endlos verschobenen Wahlen, das politische Hickhack, der Fakt, dass Somalia fast wieder in den Bürgerkrieg geschlittert war. Als Afrikakorrespondentin ist es meine Aufgabe zu berichten. Also auch bewaffnete Eskorte für mich, getönte Autoscheiben, Menschen ausschliesslich hinter Mauern und Stacheldraht treffen, keinen Schritt alleine zu Fuss.

Somalia ist ein kaputtes Land. Der Bürgerkrieg, der vor 30 Jahren begonnen hat, ging nie ganz zu Ende. Zwar gilt das Land heute nicht mehr als regierungslos, doch die Regierung ist schwach, zerstritten und unfähig. Der Staat bietet in Somalia nichts. Weder Sicher-

heit noch eine Gesundheitsversorgung noch Bildung. Wie gehen die Somalis damit um? Was heisst es, in einem Land zu leben, wo es keinen Staat gibt? Was bedeutet Alltag, wenn sich überall und jederzeit ein:e Selbstmordattentäter:in von Al-Shabaab in die Luft sprengen kann?

Es ist ein verrückter Alltag, den ich in Somalia zu sehen bekommen habe. Für die meisten von uns unvorstellbar.

Abgeriegelt in der Festung, bewaffnet am Strand

Alltag in Somalia bedeutet, dass Shaima Mohamed und ihre Frauenfussballmannschaft «Golden Girls» nur versteckt trainieren können. Weder die islamistische Al-Shabaab noch die patriarchale somalische Gesellschaft goutieren Frauen, die Fussball spielen. An gewissen Tagen sind ganze Quartiere in Mogadischu abgeriegelt wegen Terrorgefahr. Die Kinder in den betroffenen Gebieten können dann nicht zur Schule. Die wenigen Kinder, die in Somalia überhaupt den Unterricht besuchen. Es heisst, es seien gerade mal 16 Prozent aller somalischen Kinder.

Alltag in Somalia heisst für die langjährige Politikerin und einzige Kandidatin für das Präsidentenamt, dass sie seit neun Jahren

keinen Fuss vor ihre Haustüre setzen kann, ohne dass mindestens zwei Soldaten dabei sind. Die Terrorgruppe al-Shabaab führt einen Krieg gegen die somalische Regierung und will einen islamischen Staat errichten am Horn von Afrika.

Zum Alltag gehört, dass gepanzerte Militärfahrzeuge zwischen Kamelen durch die Hauptstadt patrouillieren. Die Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) ist die grösste Friedensmission der Welt und sorgt seit 14 Jahren für Stabilität im Land. Die AMISOM bewacht auch die sogenannte «Green Zone», eine Art Stadt innerhalb der Stadt in Mogadischu. Die «Green Zone» ist das am allermeisten gesicherte Gebiet im ganzen Land. Die Vertreter:innen der internationalen Gemeinschaft verschanzen sich dort hinter meterdicken Betonmauern und Stacheldraht und verlassen diese Festung kaum.

Alltag in Somalia bedeutet aber auch Strandleben am Lido Beach. Die Jugend Mogadischus planscht in Schwimmwesten im Golf von Aden. In den Hotels und Cafés daneben trinkt die Mittelschicht Kaffee. Und es gibt tatsächlich Tourist:innen in Somalia. Sie machen Sightseeing am Fischmarkt von Mogadischu und rauschen innerhalb von zwei Minuten mit vier Sicherheitsleuten, die alle ein Maschinengewehr in der Hand halten, an



Deqo Mohamed mit ihrem Lieblingsbild. Ein Bewohner des «Hope Village» hatte es einst für sie gemalt.



Anna Lemmenmeier auf Patrouille mit der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM), die für Stabilität sorgt im Land.

den Fischhändler:innen vorbei. Alles andere ist wegen Al-Shabaab zu gefährlich.

Am meisten beeindruckt hat mich aber der Alltag von Deqo Mohamed. Deqo Mohamed ist Gynäkologin. «Ich verstehe nicht, warum alle Somalis zehn Kinder haben. Macht mal Pause, zwei reichen», sagt sie lachend. Die vielen Kinder, das hat mit der Kultur zu tun, der Religion, aber auch mit dem Bürgerkrieg. In Somalia stirbt aber auch jedes achte Kind vor seinem fünften Geburtstag. Gesundheit für Mutter und Kind sind ein riesiges Thema in Somalia. Fast alle Frauen sind beschnitten, die Müttersterblichkeit ist eine der höchsten der Welt. «Manchmal kommen die Frauen wegen starker Schmerzen. Und ich kann nichts dagegen tun, wegen der Art und Weise, wie die Frauen beschnitten und wieder zusammengenäht wurden.» Es sei ein Desaster.

Eine Mischung aus Rambo und Mutter Teresa

Der somalische Staat gibt gerade einmal 1,3 Prozent des ohnehin schon mickrigen Staatsbudgets für Gesundheit aus. Es gibt kaum Kliniken, Ärzt:innen, Medikamente. Private wie Deqo Mohamed kümmern sich darum um die Gesundheit ihrer Mitbürger:innen. «Ich

wollte Geschichte studieren, aber meine Mutter entschied, dass ich wie sie Ärztin werden soll. Ärzte werden gebraucht in Somalia, sagte sie.» So mussten alle Geschwister in Russland Medizin studieren.

Deqo Mohameds Mutter ist nicht irgendwer. Jeder kennt sie in Somalia, Dr. Hawa Abdi wurde zu Lebzeiten als «eine Mischung zwischen Rambo und Mutter Teresa» bezeichnet. Zwischenzeitlich beherbergte die Ärztin 1 Prozent der gesamten somalischen Bevölkerung auf ihrem Stück Land. Sie baute dort ein Krankenhaus auf, eine Schule. Das sogenannte «Hope Village» war eine Art Staat im Staat. Bis Al-Shabaab kam und Deqo Mohameds Schwester entführte. «Sie sagten: entweder das Stück Land oder das Leben deiner Schwester.» Die Schwester wurde wieder freigelassen. In der Gefangenschaft hatte sie ihr Kind verloren, mit dem sie schwanger gewesen war.

Das Stück Land ist bis heute in den Händen der Terrormiliz. «Es ist traurig. 40 Jahre Arbeit zerstört», so Deqo Mohamed. Auch ihre Mutter wurde schon von Al-Shabaab gekidnappt. Um kein Risiko einzugehen, schränkt die 46-jährige Somalierin ihr Privatleben ziemlich ein. Sie geht nie an den Lido Beach, in die Cafés oder Shoppen. Es sei ihr das Risiko nicht wert.

Bei meinem Aufenthalt in Somalia habe ich mich oft gefragt, wie die Somalis unter solchen Umständen leben können. Mit den Terroranschlägen, die wie ein Damoklesschwert über dem Alltag hängen. Wenn sich schlicht niemand für Gesundheit, Bildung, ja nicht einmal für Sicherheit zuständig fühlt. Ob ich so leben könnte? Oder ob ich nicht auch meine Sachen packen würde, wie die zwei Millionen Somalis, die das Land verlassen haben?

Ich bin froh, war ich in Mogadischu. Gerade in der heutigen Zeit, wo so viel geklagt wird über den Staat. Wer Somalia gesehen hat, weiss den funktionierenden Staat zu schätzen. Auch bin ich dankbar für die Begegnungen mit den Somalis. Selten habe ich so viele Geschichten über mutige Menschen mitgebracht, habe berichtet von Menschen mit einem riesigen Durchhaltewillen und Rückgrat. Und natürlich habe auch ich darüber berichtet, wie krass es ist, mit der bewaffneten Eskorte durch den von Terrorist:innen besetzten Staat zu rauschen.

Anna Lemmenmeier, 1984, ist Afrika-Korrespondentin für SRF. Die St.Gallerin lebt mit ihrem Partner, ebenfalls Korrespondent, und ihren gemeinsamen Kindern seit 2017 in Nairobi, Kenia. Zuvor war Lemmenmeier in verschiedenen Funktionen bei Radio SRF tätig.

MEDIENFÖRDERUNG: ANGRIFF VON RECHTS

Was will das Massnahmenpaket zugunsten der Medien, über das wir im Februar abstimmen? Wieso wird überhaupt über staatliche Medienförderung abgestimmt? Wem nützt sie und wem nicht? Wer ist dafür und wer dagegen, und warum immer die Ostschweizer? Eine Auslegung. Samt Listicle zum Schluss aus Gründen der Aufmerksamkeitsökonomie. Von Corinne Riedener



War ja klar, dass diese Frage kommen musste, in einer Zeit, in der alle von Eigenverantwortung schwafeln: «Aber, aber... sind denn die Medien nicht einfach selber schuld an der ganzen Misere?» Gestellt wurde sie Mitte Dezember am Palace-Podium zum neuen Medienförderungsgesetz, über das wir am 13. Februar abstimmen.

Die kurze Antwort ist: Jein. Die längere ist natürlich komplexer, aber für den Moment halten wir mal fest, dass man die Medienkrise mit neoliberaler Logik nicht lösen kann, auch wenn manche das noch so sehr wollen. Wohin das ganze Zusammenlegen, Vermanteln und Outsourcen führt, konnten wir in den letzten Jahren alle quasi am Live-Ticker verfolgen. Sicher nicht zu grösserer Medienvielfalt und regionaler Tiefe.

Aber von vorn. Dass es im Mediengeschäft schon länger kriselt, gehört mittlerweile zum Allgemeinwissen. Dafür gibt es mehrere Gründe, unter anderem die Digitalisierung – die zwar auch eine grosse Chance ist für den Journalismus und somit auch für die Demokratie, die aber auch zu einer Reihe von lästigen Dominoeffekten geführt hat.

Werbeverluste, Arschlochkinder und Gratiskultur

Werbung beispielsweise hat schon lange kein Papier mehr nötig. Für den Printjournalismus war und ist diese Abwanderung ins Digitale fatal, die Inserateeinbussen der traditionellen Verlage sind massiv. Diese Verluste versucht man mit Onlinewerbung aufzufangen, doch wirklich deckend, geschweige denn gewinnbringend ist das nicht, beziehungsweise funktioniert dieses Modell nur über die Masse – und wir wissen alle, wie gut ein Artikel über Budgetkürzungen im Strassenunterhalt oder die neue Kinderkrippe in Kradolf geklickt wird: nicht so gut wie ein «Listicle der zehn meistgesuchten Begriffe im jährlichen Pornhub-Ranking». Aufmerksamkeitsökonomie, yay! «Busen, Büsi, Blut», wies so schön heisst. Hauptsache, Content rausballern.

Als wäre das nicht schon schlimm genug, tummeln sich auf dem Spielplatz seit einigen Jahren auch noch etliche Arschlochkinder, die alles wegmobben, was ihnen nicht in den Kram passt: Google, Instagram, Facebook & Co. Wie den Znüni früher in der Schule treten die ohnmächtigen Medienhäuser heute den Grossteil ihrer Werbeeinnahmen an sie ab. Auch die Klickzahlen sind von den grossen Techkon-

zernen abhängig: Saiten und auch die meisten anderen Medien hätten ohne die Zugriffe via Facebook und Insta noch viel weniger Leser:innen – post it or it didn't happen!

Kommt hinzu, dass viele Unternehmen und staatliche Akteur:innen den klassischen Gatekeeper-Journalismus dank der Sozialen Medien gar nicht mehr nötig haben. So können sie ihre Botschaften direkt und ungefiltert an die Leute bringen. Der FC Bayern beispielsweise hat allein auf Insta über 30 Millionen Follower – mehr als alle Deutschen Leitmedien zusammen. Wie betreibt man da noch kritische Sportberichterstattung, die nicht untergeht in diesem Meer von Pomp und PR-Pressing?

Auch die Gratiskultur, die im Schatten der Digitalisierung gewachsen ist – die Musikindustrie kann ebenfalls einen Schlager davon singen –, hat den Medien zugesetzt. So segensreich sie für die Klickzahlen sein mag, so verhängnisvoll ist die ständige Verfügbarkeit von Gratiscontent für den Journalismus. Auf der einen Seite ist es erfreulich, dass man sich Information heute nicht mehr leisten können muss, dass das Wissen für alle anzapfbar ist, sofern sie Internetzugang haben. «Mit Paywall keine Demokratie», wie unsere Kolleg:innen von der Onlineplattform «Das Lamm» so treffend sagen. Andererseits jedoch mindert die Gratiskultur den Wert journalistischer Arbeit.

Die Zahlungsbereitschaft beim Publikum ist beschämend gering. Ähnlich wie bei Porno-Seiten: Lieber kurz und schlecht, dafür gratis. Um bei diesem Bild zu bleiben: Funktionierende, reine Abomodelle sind in etwa so selten wie Porno-Handwerker, die mehr als zwei gerade Sätze sagen können. Eine der wenigen Ausnahmen auf nationaler Ebene ist die «Republik». Sie ist 2018 online gegangen und hat mittlerweile knapp 30'000 zahlende Leser:innen (Monatsabos und Mitgliedschaften zusammengezählt, Stand Juni 2021). Dank ihnen funktioniert die «Republik» – abgesehen von der wortreichen Eigenwerbung – komplett werbefrei.

Das vergessene Kerngeschäft

Dauerwerbetief, Grosskonzerne und Gratiskultur sind also mitverantwortlich, dass das Geschäftsmodell Journalismus seit Jahren kriselt. Was hat man dagegen unternommen? Das Falsche. Statt dass die



grossen Medienhäuser ihr Kerngeschäft – den Journalismus – gestärkt haben, haben sie, ganz im neoliberalen Mantra der 90er- und Nullerjahre, auf Fusionen, Diversifikationsstrategien und Outsourcing der rentablen Bereiche gesetzt, um so trotzdem noch möglichst hohe Gewinne abzugewinnen. Immer im Blick: ihre Shareholder. Der Journalismus spielt nur noch eine Komparatsenrolle. Ein Grossteil der Einnahmen wird heute über Veranstaltungs-, Unterhaltungs- oder Vermittlungsdienstleistungen generiert, auf Plattformen wie local.ch, homegate.ch, jobs.ch oder starticket.ch.

Die Folgen davon sind brutal. Die Schweizer Medienlandschaft – die staatlich subventionierte SRG mal aussen vorgelassen – wird heute von drei grossen Playern dominiert, man könnte auch von einem Oligopol privater Medienunternehmen reden: von den beiden «Familienunternehmen» TX Group und Ringier, die je einen Jahresumsatz von über einer Milliarde Franken erzielen, und von der etwa halb so umsatzstarken NZZ-Gruppe, die über ein Firmenkonstrukt ausserdem knapp die Hälfte der CH Media-Gruppe hält, zu dem auch das «St.Galler Tagblatt» gehört. Für dessen Abonnent:innen ist nicht leicht nachzuvollziehen, wem ihre Tageszeitung jetzt eigentlich genau gehört. Sicher ist nur: Ihnen selber wohl am allerwenigsten.

bleiben wir kurz in St.Gallen, denn die Monopolisierung ist vor allem für die Regionen ein grosses Problem. Die Jüngeren können sich gar nicht mehr an die Zeit erinnern, als hier noch drei Tageszeitungen die Meinungen prägten: die katholisch-konservative «Ostschweiz», die sozialdemokratische «Arbeiterzeitung» AZ und das freisinnige «Tagblatt». Überlebt hat – Überraschung – nur eine. Und auch das mehr schlecht als recht. Aus dem ehemals eigenständigen «Tagblatt» ist eine Mantelzeitung unter vielen geworden, die heute von Aarau aus regiert wird.

Diese Entwicklung ging einher mit mehreren Sparübungen, flott benannt nach «Kolumbus» oder «Atlas», die aber ebenso flott die Redaktionen ausdünnten und teilweise sogar ganz schlossen. In den letzten fünf Jahren habe er die Redaktionen des «Tagblatt»-Verbands von über 120 Angestellten auf unter 100 verkleinern müssen, erklärte Chefredaktor Stefan Schmid am eingangs erwähnten Palace-Podium. Das treffe besonders die lokale Berichterstattung. «Als erstes zieht man sich aus den kleinen Dörfern zurück. Man konzentriert sich zunehmend auf die Stadt, auf die kantonale Ebene oder auf Ge-

schichten, die online ziehen.» Im Moment herrsche gerade kein allzu grosser Spardruck, erklärte Schmid weiter, aber falls das Medienförderungspaket abgelehnt werde, stelle sich durchaus die Frage, wie es weitergeht und welche neuen Sparmassnahmen drohten.

Was will das Medienpaket?

Schauen wir also, was dieses staatlich finanzierte Medienpaket genau will. Insgesamt würde es 178 Millionen Franken pro Jahr kosten und wäre auf sieben Jahre befristet. Drei Massnahmen sind vorgesehen:

Erstens soll die journalistische Basisinfrastruktur gefördert werden: Maximal 28 Millionen Franken pro Jahr sollen zur Nachrichtenagentur SDA, zum Presserat und in die Weiterbildung von Journalist:innen fließen. Die SDA ist für die redaktionelle Arbeit wichtig, weil sie ein landesweites, zuverlässiges Grundangebot zur Verfügung stellt, quer durch alle Themenbereiche. Der Presserat – das Selbstregulierungsorgan der Journalist:innen – dient dem Publikum und den Medienschaffenden als Beschwerdeinstanz und prüft, ob der journalistische Berufskodex eingehalten wird.

Zweitens will man Onlineabos fördern. Medien, die mit dem Verkauf digitaler Inhalte Geld verdienen, erhalten vom Bund einen Zuschlag. Dafür stellt er für alle Titel pro Jahr neu 30 Millionen Franken zur Verfügung. Dieser Betrag wird nach dem Umsatz der Onlineabos verteilt, und zwar nach einem degressiven Schlüssel: Die kleineren Titel sollen im Verhältnis also mehr als die grösseren erhalten.

Drittens wird die bereits bestehende Posttaxenverbilligung ausgebaut – diese Massnahme gehört zur indirekten Presseförderung. Hier wird nicht Geld geschüttet, sondern der Versand von Zeitungen durch die Post für die Verlagshäuser vergünstigt. Die Verteilung der Printmedien und Vereinsblätter wird statt mit bisher 50 neu mit 80 Millionen Franken verbilligt – für alle Titel. Auch hier gilt ein degressiver Schlüssel. Zudem wird neu auch die separate Frühzustellung von Zeitungen um 40 Millionen jährlich verbilligt.

So viel zu den Fakten. Aber ist das Paket gelungen? Halbwegs, ist die ehrliche Antwort. Es ist ein hart erstrittener, machtpolitischer Kompromiss und darum naturgemäss nicht sehr sexy. Der erste und viel grösser gedachte Entwurf der ehemaligen CVP-Medienministerin Doris Leuthard wurde vom Parlament gekübelte, die jetzige Vor-

Rechte Medien im Internet



Rechte Medienmacher an Podiumsdiskussionen



lage ist eine pragmatisch-abgespeckte Version ihrer SP-Nachfolgerin Simonetta Sommaruga. Einige der darin enthaltenen Massnahmen helfen gegen die zuvor beschriebenen Entwicklungen, andere wiederum befördern sie eher.

Die Investition in den Onlinebereich ist sicher eine gute Sache, da sie Unternehmen unterstützt, die ein nachhaltiges digitales Geschäftsmodell aufbauen wollen, das auf qualitative Inhalte und nicht auf kommerzielle Reichweite dank «Busen, Büsi, Blut» setzt. Gerade für kleinere und mittelgrosse Medien stellt dieser Transformationsprozess eine grosse finanzielle Herausforderung dar. Aber: Online-medien können nur dann von Bundesgeldern profitieren, wenn die Leser:innen für die Inhalte zahlen. Heisst im Klartext: Paywall. Oder zumindest sowas ähnliches. Sie kann auch freiwillig sein, Hauptsache es wird Geld mit Onlineinhalten verdient.

Ein weiterer umstrittener Punkt ist die ausgebaute Posttaxenverbilligung, insbesondere die separate Frühzustellung von Zeitungen, die mit 40 Millionen Franken verbilligt werden soll. Diese nutzen vor allem die grossen Konzerne mit hoher Auflage. Sie profitieren darum besonders davon, selbst wenn auch diese Massnahme degressiv ausgestaltet werden soll. Und, ja, hier kann man zurecht fragen, warum ausgerechnet Ringier und die TX Group, die ihren Shareholder jedes Jahr entzückende Dividenden gewähren und gleichzeitig die Redaktionen tendenziell abbauen, vom Staat subventioniert werden sollen.

Angst vor «Staatsmedien» und «Medienmillionären»

Das ist natürlich auch den Gegner:innen des Massnahmenpakets aufgefallen. Sie stürzten sich schon früh und mit Verve in den Abstimmungskampf. Besonders in der rechtslibertären Ecke wird zünftig getrashtalked. Von «Steuermilliarden für Medienmillionäre» und «Staatsmedien» ist die Rede. Es sind dieselben, die auch seit Jahren Stimmung gegen die SRG machen und fast schon wahnhaft an marktwirtschaftliche Selbstheilungskräfte glauben, egal bei welchem Thema. Hauptsache Staatsabbau.

Im Referendumskomitee, dem wir die Abstimmung zu verdanken haben, hocken auch viele Ostschweizer – die männliche Form ist hier bewusst gewählt –, unter anderem Konrad Hummler und Peter

Weigelt. Die beiden wissen den kritischen Zustand der Medien durchaus für sich zu nutzen. Schon vor Jahren verbreiteten sie via «Trumpf Buur» rechte Propaganda. Und heute stopfen sie dankbar die Lächer der erodierten Medienlandschaft – das Kapital dafür haben oder beschaffen sie, und Blocher hat es ja vorgemacht.

Hummler, der gefallene St.Galler Privatbankier und frühere Präsident der NZZ-Mediengruppe, präsidiert heute die Klarsicht AG, die letztes Jahr den «Nebelspalter» übernommen hat. Dessen Chefredaktor Markus Somm, der eigentlich gerne persönlich die NZZ rechts-umkehrt hätte, was nun Erich Gujer vollbracht hat, stärkt ihm wie zu erwarten den Rücken.

PR-Profi Peter Weigelt fungiert als Präsident und Mitfinanzier der Ostschweizer Medien AG. Sie betreibt das Onlineportal «die Ostschweiz». Deren Chefredaktor Stefan Millius wähnt sich seit der Pandemie in der heroischen Revolution gegen das Establishment und hat die Klickzahlen dank monothematischem Corona-Content und Auftritten an Anti-Massnahmendemos erheblich steigern können.

In den Telegram-Chats der Impfgegner:innen und Verschwörungsgläubigen gehört «die Ostschweiz» zu den seriösen Medien – Hauptsache gegen den Mainstream. Entsprechend haben sich auch diese Kreise für das Referendum stark gemacht, unter anderem die «Freunde der Verfassung». Was so bedenklich wie konsequent ist: Wer nicht an Wissenschaft und Fakten glaubt, braucht auch keinen Qualitätsjournalismus, spricht fundierte Recherchen, Einordnungen und Reflexionen.

Das Zauberwort: Degression

Aber zurück zum ersten gegnerischen Argument: «keine Steuermilliarden für Medienmillionäre». Polemisch wie aus dem Propaganda-Handbuch und ein echter Honeypot für die Linken. Es stimmt, dass Ringier und die TX Group vom neuen Gesetz profitieren würden und sie so ihr Geschäftsmodell stützen können. Das ist der unschöne Teil am Kompromiss. Aber das Zauberwort heisst: Degression. Die kleinen Medienunternehmen und Verlage würden noch stärker profitieren – und diese gilt es zu erhalten, wenn die rechte Bonzen-Bubble nicht noch mehr serbelnde Medientitel aufkaufen soll.



In der Debatte um das Medienpaket wollten übrigens SP und Grüne die Unterstützung für Ringier und die TX Group explizit streichen – was aber vom rechtsbürgerlichen Block massiv und erfolgreich bekämpft wurde. Scheinheilig, dass ausgerechnet dieser Flügel jetzt Stimmung mit dem «Medienmillionäre»-Argument macht.

Und was hat es mit den ominösen «Staatsmedien» auf sich? Ist die journalistische Unabhängigkeit tatsächlich gefährdet? Njet!, würde man in Belarus rufen. Es gibt wohl kaum einen staatlichen Plan zur Gleichschaltung in der Schweiz. Dass man hier gar nicht zu solch konzentrierten Aktionen fähig ist, wissen wir nicht erst seit Corona. Zudem ist die Hilfe nicht an inhaltliche Kriterien geknüpft, sondern abhängig von den Einnahmen. Und das meiste Geld im geplanten Paket fliesst ohnehin nur indirekt zu den Medienhäusern, nämlich in die Posttaxenverbilligung – die es im Übrigen schon seit 1849 gibt.

Man kann das Argument auch umkehren: lieber Geld vom Staat nehmen und wieder ein bisschen Luft haben, als von privaten Investor:innen, Grossinserent:innen, Lobbies und PR-Agenturen gegängelt werden. So gesehen wird die Unabhängigkeit mit dem neuen Gesetz eher gestärkt – was natürlich nicht heisst, dass wir nicht trotzdem ganz genau hinschauen müssen. Bund und Kantone rüsten ihre Kommunikationsabteilungen laufend auf.

Warum du Ja stimmen sollst

Zurück zur Eingangsfrage: «Die Medien» sind nicht allein schuld an der Misere. Globale Entwicklungen wie die Digitalisierung und die damit einhergehenden Phänomene sind schwer vorauszusehen und zu bewältigen. Andere Länder wie Dänemark oder Norwegen haben deshalb schon längst eine direkte staatliche Medienförderung, um dem Strukturwandel aktiver zu begegnen. In der Schweiz wird das erste Mal überhaupt von direkter Medienförderung geredet – ein Paradigmenwechsel.

Aber ja, man hätte sich früher damit befassen müssen. Und ja, die grossen Schweizer Medienkonzerne haben mit der konsequenten Neoliberalisierung ihrer Geschäftsmodelle einen Teil zur Krise beigetragen. Aber die kleineren, die lokalen und regionalen Medienunternehmen können herzlich wenig dafür. Und um sie geht es bei dieser Abstimmung. Medienvielfalt ist essenziell für eine Demokratie.

Zum Schluss, wie versprochen, «das Listicle mit den 3 ultimativen Gründen, warum du am 13. Februar Ja zum Mediengesetz sagen sollst»:

- *Für die Unabhängigkeit:* Eine demokratische Gesellschaft ist auf fundierte Berichterstattung angewiesen. Ohne gesicherte Finanzierung werden Medien immer abhängiger von PR-Unternehmen und Bonzen, die serbelnde Medientitel aufkaufen, um so ihre eigene Agenda zu verfolgen. Gleichzeitig wächst der Einfluss von Google, Facebook & Co., die viel zu wenig gegen Fake News unternehmen.

- *Für die Lokal- und Regionalberichterstattung:* Die grossen Medienhäuser kümmern sich zu wenig um die ländlichen Gebiete oder besser gesagt: um alles, was ausserhalb von Zürich und Bundesbern passiert. Die im Medienpaket verankerte Stärkung von lokalen Radios und TV-Stationen, aber auch die überproportionale Förderung von kleinen Onlineportalen und Zeitungen kommt der regionalen Berichterstattung zugute. Sie bekommen mit dem Medienpaket eine Perspektive.

- *Für die Zukunft:* Immer mehr Menschen informieren sich lieber online. Heute werden digitale Medien aber nicht gefördert, was schlicht nicht zeitgemäss ist. Die Förderung der Onlinemedien stärkt auch junge und innovative Onlineportale, die Qualitätsjournalismus betreiben, und gibt auch traditionellen Zeitungen eine Chance, die digitale Transformation zu schaffen.

Corinne Riedener, 1984, ist Saitenredaktorin und im Vorstand des Verbands Medien mit Zukunft (VMZ), der von Saiten mitgegründet wurde und der das Massnahmenpaket zugunsten der Medien unterstützt. Ebenfalls für ein Ja sind unter anderem die Gewerkschaft Syndicom, das Schweizer Syndikat Medienschaffender SSM, das Netzwerk Junge Journalistinnen & Journalisten Schweiz, der Berufsverband Impressum, Suisse Culture Social, die Stiftung für Medienvielfalt und der Schweizer Verlegerverband.

Saiten profitiert bereits heute von der indirekten Medienförderung via Posttaxenverbilligung. Ob und wie Saiten von der direkten Medienförderung profitieren würde, ist noch unklar. Die Details werden erst ausgehandelt, wenn das Gesetz angenommen wird.

Kanton St.Gallen Kulturförderung



WERKBEITRÄGE 2022
angewandte Kunst und Design
bildende Kunst
Geschichte und Gedächtnis
Literatur
Musik
Tanz und Theater

→ Eingabeschluss ist der 20. Februar 2022

ATELIERWOHNUNG IN ROM

**Ausschreibung 2022 für die
Aufenthalte 2022/ 2023**

→ Eingabeschluss ist der 20. Februar 2022

INFORMATIONEN ABEND

**Mittwoch, 12. Januar 2022, 19h
im Kulturbüro**

Blumenbergplatz 3, St.Gallen

obligatorische Anmeldung via Kulturbüro:
www.kulturbuero.ch/sg/laden/beratung

INFORMATIONEN und ONLINE-FORMULARE

www.sg.ch/kultur/kulturfoerderung.html

Telefon: 058 – 229 43 29

Komik theater
IDEE & REGIE
PETER SHUB &
TIM KALHAMMER

ALL INCLUSIVE
humorvoll · schräg · einzigartig

TICKETS
www.komiktheater.ch
info@komiktheater.ch
077 577 47 47

STUHLFABRIK HERISAU
15./16. Januar 2022

Ein Angebot von ...
GHG
Sonnenhalde
Tandem
www.sonnenhalde-ghg.ch

// st.gallen

Werkbeiträge für Kulturschaffende

Die Stadt St.Gallen schreibt jährlich Werkbeiträge aus, die der Förderung innovativer Ideen und Projekte dienen.

Eingabeschluss für die Werkbeiträge 2022 ist der 20. Februar 2022.

Zur Bewerbung eingeladen sind Kulturschaffende aus allen Sparten und Bereichen der Kultur, die ihren Wohnsitz in St.Gallen haben oder früher hier wohnten, sich aber vorübergehend zu Studien- und Ausbildungszwecken auswärts aufhalten.

Gruppen können berücksichtigt werden, wenn die Mehrheit der Mitglieder in der Stadt wohnhaft ist. Es gibt keine Altersbeschränkung.

Weitere Informationen finden Sie im Internet:
www.kultur.stadt.sg.ch

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

Stadt St.Gallen
Kulturförderung
Rathaus
CH-9001 St.Gallen
Telefon +41 71 224 51 60
kultur@stadt.sg.ch
www.kultur.stadt.sg.ch